

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernspracher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Nr. 128.

60. Jahrgang.

Freitag, den 6. Juni

1913.

Das Ministerium des Innern sieht sich veranlaßt, die in den Verordnungen vom 18. Juli 1876 und 1. Februar 1893 aufgestellten Sätze für die Vergütung der durch Schubtransporte oder durch Transporte Hilfsbedürftiger entstehenden Kosten vom 1. Juli 1913 ab neu zu regeln und verordnet hierzu folgendes:

I. Schubtransporte betreffend.

1. Der Transporteur erhält, gleichviel, ob er Staats- oder Gemeindebeamter oder nicht beamtete Person ist, **Tagegelder** nach Abstufung IX des Gesetzes vom 21. Januar 1913 und **Reisekosten** nach Höhe des wirklichen und notwendigen Aufwandes. Eisenbahnfahrgehalt wird nach der III. Klasse, Gebühren für Zu- u. Abgang u. Kilometergelder werden nicht gewährt.

Werden Beamte der Landgendarmarie zu Schubtransporten — einschließlich der Begleitung und Ueberwachung von Zigeunern — verwandt, so erhalten sie Tagegeld nur, wenn sie außerhalb ihres Distrikts tätig werden.

2. Für den **Schubling** wird gewährt an Zehrungskosten, wenn der Transport, bis zur Ablieferung des Schublings gerechnet, dauert:

bis zu 4 Stunden	nichts
über 4 bis 12 Stunden	0,80 M.
12 24	1,20
für Nachtquartier	1,50

II. Für Transporte von Kranken und Hilfsbedürftigen

gelten die Sätze unter I mit der Maßgabe, daß die Zehrungskosten ohne Rücksicht auf die Dauer des Transports nach Höhe des wirklichen und notwendigen Aufwandes gewährt werden.

Im übrigen bleiben die in den angezogenen beiden Verordnungen — f. Fischer XV S. 34 ff. — entwickelten Grundsätze auch fernerhin maßgebend.

Dresden, den 17. Mai 1913.

293 II N
4043

Ministerium des Innern.

Die Firma **Gehr. Toelle** in **Blauenthal** hat für ihr Projekt zur Ausnutzung der **Wasserkräfte** der Großen und Kleinen Bockau und des Sosaer Grabens — vergl. Bekanntmachung vom 4. September 1912 in Nr. 210 des Eibenstocker Amts- und Anzeigeblasses — eine abgeänderte Planung eingereicht. Nach dieser sollen

1. das Wehr mit der Wasserleitvorrichtung in der Großen Bockau nicht oberhalb, sondern ungefähr 27 m unterhalb der Brücke bei den Schießplatzwiesen eingebaut und

2. der Ableitungsgraben von der Großen Bockau nach dem Sammelbecken breiter, als nach der bisherigen Planung vorgesehen war, ausgebaut werden.

Die Unterlagen liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Etwasige Einwendungen gegen die begehrten besonderen Wasserbenutzungen und Anlagen sind binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der königlichen Amtshauptmannschaft **Schwarzenberg** anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.

Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

(§§ 16 ff. der Reichsgewerbeordnung, §§ 23, 33 des Wassergesetzes).

Die **Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg**,

1232 W.

am 4. Juni 1913.

Verboten

ist das **Verweilen** in den **städtischen Anlagen** nach 11 Uhr nachts.

Zu widerhandlungen werden bestraft mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 8 Tagen.

Stadtrat Eibenstock, den 20. Juli 1911.

Obige Bekanntmachung wird in Erinnerung gebracht.

Stadtrat Eibenstock, den 4. Juni 1913.

Wegen **vorzunehmender Reinigung** bleiben die **Expeditionen** der hiesigen **Gemeindeverwaltung**, des **Standesamts** sowie der **Spartasse**

Freitag und Sonnabend, den 6. und 7. d. Mts.,

geschlossen.

Unaufschiebbar Geschäft werden an diesen Tagen **vormittags von 11 bis 12 Uhr**

erledigt.

Schönheide, den 3. Juni 1913.

Der **Gemeindevorstand.**

Ruhigerer Wellengang.

Der Bulgare ist ein stiller und verschlossener Mensch, sobald er aber erst auf seinem Wege ist, geht er unaufhaltsam vorwärts. Der Serbe ist weit mehr Großsprecher, und um so leichter bequemt er sich auch zu einem Rückzug, sobald er nur seinen Redefluß losgeworden ist. Aus diesen verschiedenen Naturanlagen heraus vermag man jetzt auch am besten auf die Entwicklung der neuesten Affäre zu schließen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie so ausgehen, daß Bulgarien in irgend einer Kleinigkeit ein Zugeständnis macht und Serbien daraufhin alle seine Hauptpositionen aufgibt. Genau so war es ja auch in der Adriastage. Die Serben machten echt theatralisch gegen Oesterreich mobil und erklärten, aus Durazzo und San Giovanni di Medua nicht weichen zu wollen. Auf das Versprechen hin, das nicht einmal Oesterreich, sondern Rußland gab, daß man den serbischen Handel nach Möglichkeit erleichtern werden, marschierten die serbischen Eisenreiter aber aus den Adriastrafen ab. Heute liegen uns nachstehende, fast durchweg beruhigende Meldungen vor:

Paris, 4. Juni. Im Ministerium des Aeußeren hat sich heute mittag die internationale Finanzkommission konstituiert. Minister des Aeußeren Pichon, begrüßte die Mitglieder der Kommission in einer Ansprache, in der er sagte: In dem Augenblicke, wo die nach einer gemeinsamen Vereinbarung der Großmächte nach Paris einberufene Finanzkommission ihre Arbeiten eröffnet, schäme ich mich glücklich, Sie im Namen der Regierung der Republik willkommen zu heißen. Die Regierung freut sich, dem Wunsche Europas zu entsprechen, indem sie Ihnen eine gütliche Aufnahme bereitet. Die kriegführenden Staaten haben nun den Friedensvertrag unterzeichnet und den Kämpfen ein Ziel gesetzt, in denen ihre Armeen soviel Beweise ihrer Tüchtigkeit und ihres Heroismus gegeben haben. Nun seien noch die wichtigsten Fragen zu lösen, welche noch der Lösung harren und die neuen, aus den Ereignissen der letzten acht Monate hervorgegangenen Situation zu klären. Daher war es vor allem notwendig, die territorialen und politischen Probleme in Angriff zu nehmen, die gleichzeitig für die Balkanvölker und für Europa aufgestellt waren. Es war sogar nötig, den wirtschaftlichen Interessen die ganze Bedeutung und die ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie beanspruchen dürfen und in dieser Beziehung diejenige Lösung zu suchen, ohne die ein dauernder und nutzbarer Friede unmöglich ist. Aus diesen Gedanken ist die Versammlung entstanden, deren erste Sitzung zu eröffnen ich die Ehre habe. Minister Pichon führte des weiteren aus: Das Problem,

das durch die Verhandlungen der Konferenz gelöst werden soll, besteht darin, soviel als möglich diese Lasten zu erleichtern und die Verpflichtungen festzulegen, die denjenigen Ländern zufallen, in deren Namen der Friede geschlossen worden ist. Der Minister schloß mit dem im Namen aller Großmächte ausgesprochenen Wunsche, daß die Lösung, die die Kommission den Großmächten zur Annahme vorzuschlagen werde, deren Erwartungen entsprechen und dazu beitragen werde, eine neue Aera des Friedens und des Gedeihens zu sichern. Im Namen der Mitglieder der Konferenz dankte der diplomatische Vorsitzende der deutschen Abordnung, Gesandter Freiherr von der Lancken.

Sofia, 4. Juni. Die zur Zeit umlaufenden Gerüchte von der Demission des Kabinetts Geschows werden hier keineswegs bestätigt. Man sagt, daß, solange der serbisch-bulgarische Konflikt besteht, Geschow nicht zurücktreten würde. Es würde sich auch kein Ministerium finden, das nicht die Politik Geschows weiter führen würde.

Wien, 4. Juni. Wie verlautet, haben sich die Griechen und die Bulgaren wegen der zwischen ihnen bestehenden strittigen Punkte dahin geeinigt, die Entscheidung durch ein Schiedsgericht herbeiführen zu lassen. Griechenland will, daß ein Schiedsgericht der Mächte der Triple-Entente zusammentrete, Bulgarien dagegen verlangt ein Schiedsgericht sämtlicher Mächte.

Paris, 4. Juni. Der „Matin“ meldet aus Belgrad: Ein erster Zwischenfall hat sich an der serbisch-bulgarischen Grenze zugetragen. Einige bulgarische Bataillone mit Artillerie überschritten die Grenze bei der Stadt Ueslüh und besetzten einige wichtige strategische Punkte. Da die serbischen Soldaten Befehl hatten, jeden Zusammenstoß mit der Waffe mit den Bulgaren zu vermeiden, so eröffnete die serbische Besatzung kein Feuer auf die Bulgaren. Der Kommandant beschränkte sich vielmehr darauf, den bulgarischen Befehlshaber zu ersuchen, sich wieder zurückzuziehen. Die bulgarischen Bataillone zogen sich dann wieder nach ihrem Territorium zurück. Ministerpräsident Pasitsch hat den serbischen Gesandten in Sofia beauftragt, ernste Vorstellungen hierüber bei der bulgarischen Regierung zu erheben.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser in Geldern. In Erwartung des Besuches des Kaisers anlässlich der 20-Jahrsfeier der Zugehörigkeit des Herzogtums Geldern zu Preußen hat die alte Herzogsstadt Geldern bereits

ein glänzendes Festgewand angelegt. Der Kaiser trat um elf Uhr am Mittwoch in Geldern ein und hielt unter stürmischen Jubel einer gewaltigen Volksmenge seinen Einzug. Am 13. Juni begrüßte Bürgermeister Dr. Werner an der Spitze der städtischen Körperschaften den Kaiser mit einer Ansprache, in der er an die Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. zur Feier der 150-jährigen Zugehörigkeit des Herzogtums zu Preußen erinnerte, namens der städtischen Bevölkerung gelobte, in guten und bösen Tagen treu zu stehen zum Kaiser und dem königl. Haus und bat, der Kaiser möge der alten Herzogsstadt auch fernerhin sein Wohlwollen bewahren. Der Kaiser dankte freundlich. Darauf erfolgte die Weiterfahrt zum Festplatz. Nachdem der Kaiser die Front der Ehrenkompagnie abgegrüßt und die Anwesenden, darunter die holländische Gesandtschaft, begrüßt hatte, begann die Feier mit Gesang der vereinigten Chöre des Herzogtums. Darauf hielt Graf Hoensbroech eine Rede, auf die der Kaiser erwiderte, worauf die Hülle fiel.

Die Zukunft der Provinz Hannover. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einigen Lokalblättern der Provinz Hannover wird fortgesetzt mit dem Gedanken gespielt, daß die Vermählung des Prinzen Ernst August mit der Prinzessin Viktoria Luise von Oestrich auf die Zukunft der Provinz Hannover sein werde. Hannover ist und bleibt ein Bestandteil des preussischen Staates, und kein preussischer König, keine preussische Staatsregierung, keine preussische Volksvertretung wird jemals die Hand dazu bieten, daß daran auch nur ein Fädchen geändert wird. Das feierliche Wort des Prinzen Ernst August, daß er im Ehebündnis mit seinem Vater abzugeben hat, bürgt über jeden Zweifel hinaus dafür, daß er nichts tun und nichts unterstützen wird, was eine Veränderung des preussischen Besitzstandes im Auge hat. Anders steht es mit der Ordnung der braunschweigischen Verhältnisse. Auf Anregung der braunschweigischen Regierung wird, wie wir annehmen, der Bundesrat im Laufe des kommenden Herbstes in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig noch Bedenken entgegenstehen.

Deutsche Kolonialgesellschaft. Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, die am 4. und 5. Juni in Dresden tagt, wurde am Mittwoch vormittag durch ihren Vorsitzenden, Herzog Albrecht von Mecklenburg, Regent von Braunschweig, eröffnet. Anwesend waren unter anderen Fürst von Hohenzollern, Fürst Pleh, Staatssekretär Vindequist, Oberpräsident Dr. Günther. In seiner Eröffnungsansprache bemerkte der Präsident nach Hamburg, def-